



HESSISCHER LANDTAG

05. 10. 2020

Kleine Anfrage

**Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) vom 30.06.2020**

**Deponie Flörsheim-Wicker: Ungereimtheiten in der Bilanz der Rhein-Main-Deponie
bei Rückstellungen für die Nachsorgemaßnahmen**

und

Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Für die Nachsorgephase des Betriebes der Deponien der Rhein-Main-Deponie GmbH (RMD) müssen Rückstellungen gebildet werden. Laut Geschäftsführung der RMD wurden insgesamt bilanzielle Rückstellungen in Höhe von 146,4 Mio. Euro gebildet (Zur Höhe der Nachsorgekosten siehe Drucks. 20/3067). In der RMD Bilanz 2018 sind jedoch nur rund 109 Mio. € an Rückstellungen aufgeführt. Den Rückstellungen stehen in der RMD Bilanz auf der Aktiva Seite rund 100 Mio. € an Anlagenvermögen gegenüber. Die Bürgerinitiative Gegenwind 2011 Rhein-Main e.V. hat darauf hingewiesen, dass das Anlagevermögen (insbesondere die Grundstückswerte) nicht mehr den in den Bilanzen angegebenen Werten entspricht und somit eine Insolvenz der Gesellschaft drohe.

Vorbemerkung Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die RMD steht als Gesellschaft des privaten Rechts - trotz öffentlich-rechtlichem Gesellschafterhintergrund - nicht unter der Rechtsaufsicht der Kommunalaufsicht (vorliegend des Regierungspräsidiums Darmstadt). Insoweit unterliegen ihre Wirtschaftsplanung, ihr konkretes Wirtschaften und ihr Jahresabschluss sowie dessen Prüfung nicht der aufsichtlichen Kontrolle und bedürfen daher z.B. auch keinerlei kommunalaufsichtlicher oder abfallrechtlicher Genehmigungen. Zur Beantwortung der Fragen wird deshalb die Stellungnahme der Gesellschafter aufgegriffen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Seit wann liegen dem Regierungspräsidium Darmstadt Informationen über die Bilanzlücke in den Rückstellungen der RMD vor?

Wie aus den Vorbemerkungen ersichtlich liegen dem Regierungspräsidium Darmstadt neben der übersandten Kleinen Anfrage 20/3122 keine Kenntnisse zu der im Sachverhalt dargestellten Bilanzlücke zwischen den von der Geschäftsführung gemeldeten Daten betreffend die Rückstellungen und den tatsächlich in der Bilanz 2018 ausgewiesenen Rückstellungen vor.

Frage 2. Seit wann ist der Hessischen Umweltministerin diese Lücke in den Rückstellungen der RMD bekannt?

Mit der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage 20/3122 erfolgten Zusendung der Stellungnahmen der beiden Gesellschafter hat das HMuKLV konkrete Informationen erhalten, dass das Anlagevermögen die gebildeten Rückstellungen nicht deckt.

Frage 3. Wann und wie soll diese Lücke in den Rückstellungen geschlossen werden?

Aufgrund eines Vertrages mit der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA) hat die RMD bis zum Jahr 2017 Zahlungen zur Finanzierung der Nachsorge für die Deponien Wicker (Fläche B), Brandholz und Offenbach erhalten. Mit Ablauf des Jahres 2017 sind die Nachsorgelasten dieser Deponien aus Sicht der RMA bzw. der Abfallgebührenzahler vollständig finanziert. Erhöhte Nachsorgekosten (u.a. auch durch rechtlich festgelegte Verfahren zur Bilanzierung der Zinsen, die fortlaufend neu zu bewerten sind) bei der RMD dürfen ab dem 01.01.2018 nicht mehr auf die

Abfallgebühren umgelegt werden, da sich die Deponien bereits in der Stilllegungsphase befinden. Die bis dato eingenommenen und verwendeten Mittel für die Deponienachsorge der RMD reichen aufgrund z.T. fremdfinanzierter, renditeschwacher Anlageninvestitionen und eines unzureichenden, nicht vorausschauenden Deponiemanagements (z.B. in der Vergangenheit: Bevorratung von nicht genehmigten Mengen sowie zu niedrige Annahmepreise) nicht aus, um daraus die zukünftig anfallenden Deponienachsorgerückstellungen decken zu können. Insbesondere aufgrund der jährlich hohen Zuführungen zu den Nachsorgerückstellungen hat sich das RMD-Jahresergebnis in den letzten vier Jahren negativ entwickelt (2016: -31,2 Mio. €; 2017: -21,6 Mio. €; 2018: -15,2 Mio. €; 2019: -11,1 Mio. €). Aufgrund dieser negativen wirtschaftlichen Lage beauftragten die Gesellschafter der RMD die Geschäftsführung mit der Erstellung eines Sanierungsgutachtens nach IDW S6 (Standard für Sanierungskonzepte, zusammengefasst durch das Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. (IDW)), welches im Dezember 2017 in Auftrag gegeben wurde. Durch die hohen Nachsorgerückstellungen, die in der Vergangenheit getätigten, renditeschwachen Anlageninvestitionen und durch die nur noch geringe Möglichkeit, über den Einsatz von Deponieersatzbaustoffen entsprechende Erlöse zu erzielen, kam das Sanierungsgutachten zu dem Ergebnis, dass die RMD auf Finanzierungshilfen der Gesellschafter und Banken angewiesen ist und eine nachhaltige Wettbewerbs- sowie Renditefähigkeit im Planungszeitraum des Sanierungsgutachtens (bis 2027) nicht erreicht werden kann. Die Liquidität 2019 bis 2027 wurde durch entsprechende Kreistagsbeschlüsse des Main-Taunus-Kreises und des Hoch-Taunus-Kreises im September 2018 gesichert. Gemäß dem Sanierungsgutachten ist zur Restrukturierung der RMD ein Maßnahmenbündel vorgesehen, welches die Zukunft der RMD sichern soll und u.a. den Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens, operative, strategische und finanzwirtschaftliche Maßnahmen umfasst.

Frage 4. Deckt das Anlagevermögen tatsächlich die gebildeten Rückstellungen ab?

Das Anlagevermögen deckt die gebildeten Rückstellungen nicht. Siehe Antwort auf Frage 3.

Frage 5. Wenn ja, wie sieht die zugrundeliegende Berechnung aus?

Auf die Antwort auf Frage 4 wird verwiesen.

Frage 6. Die RMD Bilanz 2019 liegt bislang noch nicht vor. Wird das Anlagevermögen einer entsprechenden Prüfung unterzogen und wenn ja wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?

Im Jahr 2020 wurden drei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit Prüfungen beauftragt. Die Maßnahmen im Sanierungsgutachten wurden extern überprüft und aktualisiert. Die Trennungsrechnung für 2019 wurde erstellt und der Jahresabschluss des RMD, MTR und RMD-Konzerns mit den vorläufigen Zahlen fertiggestellt. Eine Testierung des Jahresabschlusses 2019 kann derzeit nicht erfolgen.

Frage 7. Verfügt die Geschäftsführung der RMD bereits aktuell über Informationen, die auf eine Überschuldung der Gesellschaft hinweisen?

Auf die Antwort zur Frage 3 wird verwiesen.

Frage 8. Der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MTR und der RMD wurde im September 2019 gekündigt, weil die MTR zum 01.01.2020 auf die RMD verschmolzen werden sollte. Dies ist bislang nicht geschehen.

- a) Warum wurde die Verschmelzung bislang nicht umgesetzt?
- b) Welche bilanziellen Folgen hat das für die RMD?

Zu Frage 8 a: Eine steuerliche Prüfung zu den Auswirkungen einer Verschmelzung ist erfolgt. Eine Entscheidung zur Verschmelzung steht gesellschaftsrechtlich noch aus.

Zu Frage 8 b: In der Bilanz der RMD würden bei einer Verschmelzung die Beteiligung der MTR sowie die Verbindlichkeiten und Forderungen der MTR an der RMD entfallen.

Wiesbaden, 23. September 2020

Priska Hinz